

Professor der Bundespolizei

## „Ausgewiesener Extremist an zentraler Stelle“

Ein Politikwissenschaftler mit rechter Vergangenheit unterrichtet Polizist\*innen in Sicherheitsfragen. Jetzt weist ein neues Gutachten zentrale Denkmuster der Neuen Rechten in seinen Texten nach. Wir veröffentlichen es.



von [Aiko Kempen](#)

11. September 2025



### › Die wichtigsten Punkte in Kürze:

Mehrmals pro Woche unterrichtet Stephan Maninger junge Bundespolizist\*innen zu Fragen der Sicherheitspolitik. Dass er an der Bundespolizeiakademie in Lübeck lehrt, sorgt jedoch für Aufruhr unter den Studierenden. Denn Maninger hat eine umfangreiche rechte Vergangenheit: Er hat die wichtigste Denkfabrik der Neuen Rechten mitgegründet, Dutzende Texte in neurechten Publikationen veröffentlicht und sich in Südafrika für einen „Volksstaat für Weiße“ engagiert. Und er sprach als Redner auf einer Veranstaltung, bei der auch Personen teilnahmen, die zum engsten Unterstützerkreis der späteren rechtsextremen Terrorgruppe NSU gehörten.

Seit Maningers Vergangenheit 2021 öffentlich wurde, ringen Bundespolizei und Innenminis-

[Newsletter abonnieren!](#)

Gutachten vor, das zu einem harschen Urteil über Maningers Texte kommt: Er habe über Jahrzehnte hinweg [zentrale Denkmuster der Neuen Rechten](#) vertreten und Argumentationen rechtsextremer Weltdeutungen verwendet. Nun fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einem Schreiben Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) zum Handeln auf. Wir veröffentlichen erstmals das Gutachten und den Brief an den Innenminister.

## Polizeiprofessor mit rechter Vergangenheit

Seit 2009 unterrichtet Stephan Maninger an der Bundespolizeiakademie und am Fachbereich Bundespolizei der Hochschule des Bundes. 2019 wurde er dort zum Professor für Sicherheitspolitik berufen. Im Sommer 2021 wurde [durch eine bei Buzzfeed veröffentlichte Recherche](#) die umfangreiche rechte Vergangenheit von Maninger bekannt, der damals innerhalb der Bundespolizei als Experte für Sicherheitsfragen galt und auch Mitglieder von Spezialeinheiten wie der GSG 9 unterrichtete:

- Maninger war eines von sieben Gründungsmitgliedern des Trägervereins hinter dem „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und leitete 2001 dessen Gründungsversammlung. Das IfS um den Rechtsextremisten Götz Kubitschek gilt seit etlichen Jahren als wichtigster Thinktank der Neuen Rechten. 2024 kam das IfS [einem möglichen Verbot zuvor und löste sich selbst auf](#), nachdem es von mehreren Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremer Verdachtsfall beziehungsweise gesichert rechtsextrem beobachtet wurde.
- Um die Jahrtausendwende veröffentlichte Maninger Dutzende Texte in neurechten Publikationen, wie der *Jungen Freiheit* und dem *Ostpreußenblatt*. Er schrieb von einem „Zeitalter der ethnischen Konflikte“, von einem drohenden „Ethnosuizid“ und warnte, die Bundeswehr müsse sich auf die Lösung von ethnischen Konfliktszenarien auch im Inneren einstellen. Die künftigen Herausforderungen lägen, so Maninger, in „verschwommenen ‚Frontlinien‘ in multiethnischen Städten“.
- Mitte der Neunziger Jahre engagierte sich Maninger in Südafrika, wo er aufgewachsen war, als Sprecher in der Afrikaans Volksfront. Die separatistische Bewegung forderte einen eigenen Volksstaat für Weiße und war in Teilen auch bereit, diesen mit Gewalt zu erstreiten.
- 1998 trat Stephan Maninger in Deutschland bei einer Veranstaltung des rechtsextremen Vereins „Hilfskomitee Südliches Afrika“ auf. Auf der Rednerliste des Abends standen neben ihm mehrere seit Jahrzehnten aktive Rechtsextreme. Im Publikum war der engste Kreis um die spätere Terrorgruppe NSU vertreten, darunter bekannte Namen wie Ralf Wohlleben oder Tino Brandt. Aus diesem Grund findet sich Maningers Name auch in den Ermittlungsakten zum NSU.

Maninger ließ 2021 über seinen Anwalt – den bekannten Medienrechtler Ralf Höcker, dessen Kanzlei die AfD im Streit mit dem Verfassungsschutz vertritt und bei der zeitweise der ehemalige Verfassungsschutzpräsident und nun selbst von diesem beobachtete Hans-Georg Maaßen als sogenannter Of Counsel arbeitete – mitteilen, dass er sich in vielen Prognosen seiner früheren Texte bestätigt sehe, andere heute jedoch kritischer betrachte. Rassistische

[Newsletter abonnieren!](#)

sich in Südafrika engagiert hatte. Aus dem Verein, der hinter dem Institut für Staatspolitik steht, sei er recht schnell wieder ausgetreten. Er habe zwar Arbeitsgruppen des IfS zugearbeitet, das sei jedoch lange vor der Beobachtung des Instituts durch den Verfassungsschutz gewesen. Die Veranstaltung, bei der er als Redner auch vor späteren NSU-Unterstützern auftrat, habe er mit der Absicht, sich von den Teilnehmern zu distanzieren, vorzeitig verlassen.



## Dranbleiben

Abonniere jetzt unseren Newsletter, um keine Recherche mehr zu verpassen!

## Ausgrenzender Nationalismus und rechtsextreme Weltdeutungen

Im August 2025 legte nun der Politikwissenschaftler Fabian Virchow ein rund 110 Seiten starkes Gutachten über die Texte vor, die Maninger in den letzten 30 Jahren veröffentlicht hat. Virchow ist Professor an der Hochschule Düsseldorf und leitet dort den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus. Sein Fazit: In Maningers Texten fänden sich Denk- und Argumentationsmuster, „die für rechtsextreme Weltdeutungen konstitutiv“ seien. Vor allem habe Maninger über einen langen Zeitraum ethnopluralistische Positionen vertreten. Ethnopluralismus ist ein zentrales Denkkonzept der Neuen Rechten. [Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt Ethnopluralismus](#) als ausgrenzenden Nationalismus, der „den für Rechtsextreme typischen Rassismus neu und weniger angreifbar begründen soll“.

Virchow führt in seinem Gutachten zahlreiche Belege für seine Bewertung an. Er untersuchte sowohl Maningers Dissertation und Master-Thesis als auch Texte in Fachzeitschriften sowie Veröffentlichungen in rechten Medien wie der *Jungen Freiheit* oder dem *Ostpreußenblatt*. In seinen Texten gehe Maninger davon aus, dass es Rassen mit spezifischen Charakteristika gebe und Menschen instinktiv wie „Herdentiere“ getrieben handeln würden. Vielfach greife Maninger auf ethnopluralistische Erklärungsmuster zurück, um vergangene Konflikte zu erklären oder drohende Konflikte im Zusammenhang mit Migration zu prophezeien. In seinem Werk führe Maninger Positionen an, die zur Rechtfertigung von Apartheid dienen. Er adele rassistische Gewaltakteure zu „Aufständischen“, stelle sich parteiisch auf die Seite der Vertreter des Apartheid-Regimes in Südafrika und verwende die Erzählung des „Kulturmarxismus“, der sich auch in rechtsterroristischen Manifesten findet.

Mit dieser klaren Bewertung widerspricht Virchow zwei früheren Gutachten, die Maningers Texte als unproblematisch eingestuft hatten. Diese beiden Gutachten wurden im Auftrag der Bundespolizei erstellt und sind bisher nicht öffentlich. Innerhalb des Fachbereichsrats der Bundespolizeiakademie wurde bereits vor mehr als einem Jahr kritisiert, die beiden dafür ausgewählten Gutachter könnten befangen sein. Zudem gab es intern [Kritik an der fachlichen Expertise der Gutachter](#), da diese bisher nicht zu den Themen Rassismus und Neue Rechte forschen oder jemals dazu veröffentlicht haben. Das Bundesinnenministerium wies diese Kritik an den entlastenden Gutachten zurück. Auf die [Frage einer Bundestagsabgeordneten sprach das Bundesinnenministerium](#) im Februar 2025 von „eindeutigen Gutachten“, die festgehalten hätten, dass die Kritik an Maninger „nicht nachvollziehbar“ sei.

## Polizeigewerkschaft fordert Eingreifen von Dobrindt

In Auftrag gegeben hat das neue Gutachten die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Gewerkschaft hatte sich bereits in der Vergangenheit kritisch zu Maningers Position in der Polizei-Ausbildung geäußert und ein entsprechendes [Gutachten von der Bundesregierung gefordert](#). Angesichts des nun vorliegenden Gutachtens hat sich GdP-Bundesvorstand Jochen Kopelke an Bundesinnenminister Alexander Dobrindt gewandt und fordert ihn zum Handeln auf. [In dem Schreiben, das wir ebenfalls veröffentlichen](#), schreibt Kopelke, er sei in tiefer Sorge, ob die politische Bildung im Fachbereich Bundespolizei von extremistischen Einflüssen noch freigehalten werde. Die Gewerkschaft habe „Bedenken, dass hier ein ausgewiesener Extremist an zentraler Stelle der Werteorientierung des Führungsnachwuchses der Bundespolizei tätig ist“, heißt es weiter in dem Schreiben. Die Frage nach dem weiteren Umgang mit Maninger ist aktuell besonders brisant: Seine Professorenstelle war zunächst auf sechs Jahre befristet. Diesen Herbst steht die Entscheidung darüber an, ob er auf Lebenszeit an die Hochschule des Bundes berufen wird, um weiter Polizist\*innen auszubilden.

Das Bundesinnenministerium bestätigt auf Nachfrage, dass das Schreiben der Gewerkschaft Dobrindt erreicht hat. Auf konkrete Nachfragen zu dem neuen Gutachten und möglichen Konsequenzen will sich das Ministerium jedoch nicht äußern. Ein Sprecher verweist auf Datenschutz.

Deutlicher äußert sich hingegen Maningers Anwalt: Gutachter Virchow sei ein „knallharter Linksradikaler“, da er in „linksextremen Kampfschriften publiziert“ habe. Auch die Gewerkschaft der Polizei – die mit mehr als 200.000 Mitgliedern größte Interessenvertretung von Polizist\*innen weltweit – hatte der Anwalt in der Vergangenheit bereits als „traditionell politisch links“ bezeichnet. Bei der Kritik an Maninger handele es sich laut Rechtsanwalt Höcker um wiedergekäute Vorwürfe, die längst ausgeräumt seien. Das neue Gutachten zu Maningers Texten liege weder Maninger noch seinem Anwalt vor. Höcker verweist stattdessen auf die zwei von der Bundespolizei bezahlten Gutachten, die er auch auszugsweise auf dem Internet-auftritt seiner Kanzlei zitiert.

Die Bundespolizei hatte die beiden Gutachten beauftragt, nachdem zwei Politikwissenschaftler und frühere Kollegen von Maninger eine erste Studie veröffentlicht hatten. Sie hatten [neurechte Positionen und ihre Verbreitungsstrategie in den Schriften des Bundespolizeiprofessors](#)

Newsletter abonnieren!

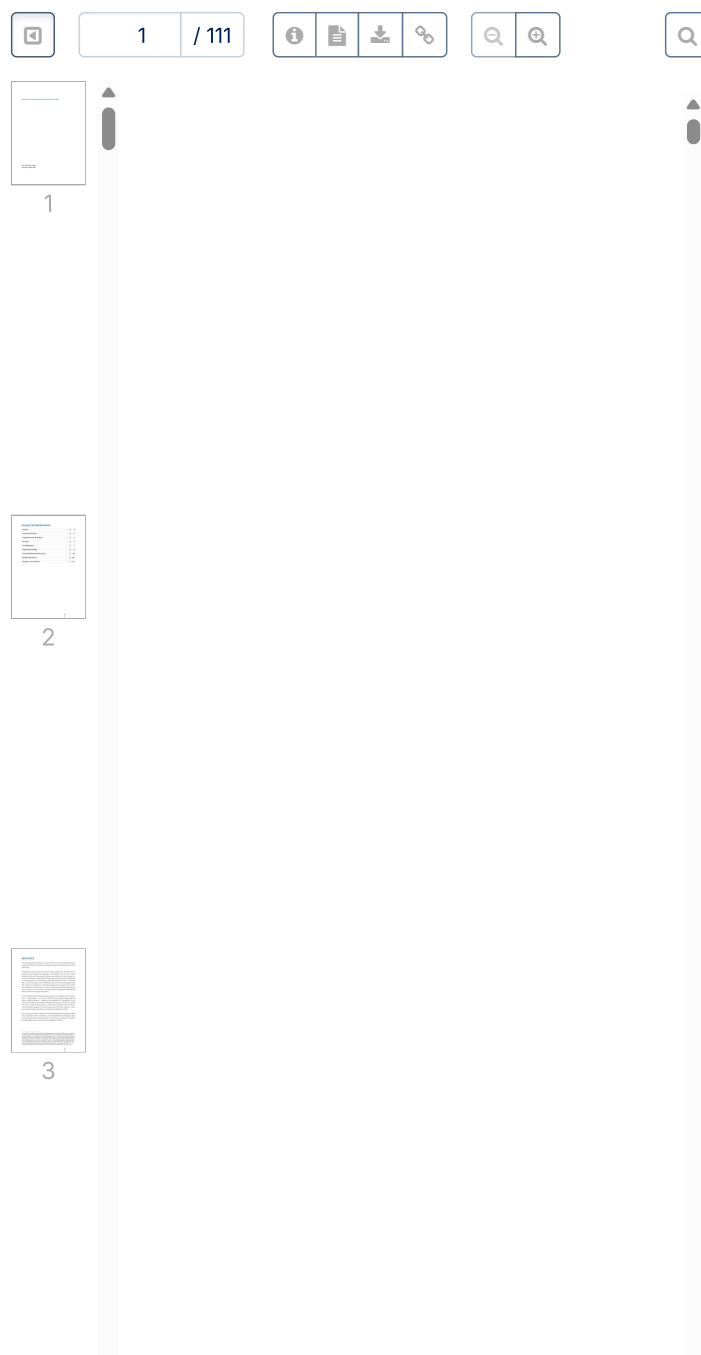
[Buchreihe verklagt](#). Seine Argumentationshilfe: die von der Bundespolizei bezahlten Gutachten zu seinem Werk. Ein Urteil in diesem Fall soll Ende September fallen.

*Transparenzhinweis:*

*Professor Fabian Virchow ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des „Gegenrechtsschutz“, ein Projekt in Trägerschaft von Verfassungsblog, Gesellschaft für Freiheitsrechte und FragDenStaat. Es gab weder im Zusammenhang mit diesem Text noch in anderen Kontexten einen Austausch zwischen dem Investigativ-Team von FragDenStaat und Virchow.*

→ [Zum Gutachten](#)

→ [Zum Brief an den Innenminister](#)



Newsletter abonnieren!





Artikel teilen

[Bluesky](#) [Mastodon](#) [Kurzlink kopieren](#) [Teilen...](#)

Über den\*die Autor\*in

**Aiko Kempen**

Aiko ist investigativer Journalist und arbeitet im Bereich Recherche.

E-Mail: [aiko.kempen@okfn.de](mailto:aiko.kempen@okfn.de) (PGP)Schlagwörter: [#Polizei](#)

21. August 2025

Neuer Job für „Mr. Tesla“

**Verstößt Brandenburg gegen sein Anti-Korruptionsgesetz?**

Als Minister holte er Tesla nach Brandenburg, nun will Jörg Steinbach für eine Kanzlei des Autobauers arbeiten. Die Landesre-

[Newsletter abonnieren!](#)